quappe

Magazin
der Grünen
Hochschulgruppe
Karlsruhe

SoSe 2012

ghg-karlsruhe.de

K 0 5 7 3 N 1 0 5

DAS MÄRCHEN VOM SOZIALEN STIPENDIENWESEN

ENERGIE WENDE 2.0!?

DEUTSCH ALS MUTTER SPRACHE?

EDITORIAL

Liebe Kinder,

es war einmal ein Grünkäppchen, dessen vegan lebende Oma sehr hungrig war. Um ihren Hunger zu stillen, buk es Waffeln und machte sich auf zur kostenpflichtigen Tram. Am Fahrkartenautomat bemerkte es, dass es das Beförderungsentgelt nicht entrichten konnte, denn für das Deutschlandstipendium wurde es trotz seiner sozialen Kompetenzen abgelehnt. Der Oma blieb nichts anderes übrig, als in die Mensa zu gehen, da die erhoffte Waffellieferung die Hungerfront nie erreichte. Leider beschränkte sich das vegane Angebot an diesem Tag auf fettige Pommes-Frites, die im besten Falle durch Einsatz als Biomasse zum Vorantreiben der Energiewende geeignet wären. In ihrer Verzweiflung beschloss sie, aus recyceltem Klopapier ein Segelschiff zu bauen, um in die neue Welt überzusetzen. Dort wollte sie mit zerrissenen Jeans und Blumen in den Haaren durch San Francisco schlendern und nebenbei die anstehende Präsidentschaftswahl für sich entscheiden. Da sie kaynerlei Navigationskenntnisse besaß, landete sie im sonnigen Mexiko. Dort angekommen und immer noch im Glauben, San Francisco erreicht zu haben, meldete sie sich als Kandidatin zur Präsidentschaftswahl an. Sie erzielte einen fulminanten Erfolg und musste als neue Präsidentin die Landessprache erlernen. Zu ihrer Überraschung war dies Spanisch, welches weder ihre Mutter- noch ihre Vatersprache war. Beim Erlernen machte sie eine erschreckende Entdeckung...

Euer Grünkäppchen.

IMPRESSUM

Herausgeber
Grüne Hochschulgruppe
USTA KIT
Adenauerring 7
76131 Karlsruhe

V.I.S.D.P.
Peter Merkert

Redaktionsleitung
Samuel Karrer, Peter Merkert

Redaktion
Arturo Hernández Mora , Christian Zimmermann, Florian Soldner, Hannah Ullrich, Julius Schlagenhauf, Kay Schäfer, Samuel Karrer, Tobias Bach

Werbung
Kay Schäfer

Layout und Cover
Kay Schäfer, Peter Merkert, Simon Bläsi, Yannick Oster

Auflage
1200 Exemplare

Druck
Druckcoop Karlsruhe

Kontakt
info@ghg-karlsruhe.de

Internet
ghg-karlsruhe.de
facebook.com/ghgkarlsruhe

MENSAESSEN

Die Mensa am Adenauerring ist die größte Mensa in Baden-Württemberg – etwa 9000 Mahlzeiten werden hier tagtäglich gekocht und gegessen. An sieben Linien finden sich eine Vielzahl an Gerichten – doch was steckt in den Gerichten tatsächlich drin? Was ist aus ökologischer Sicht sinnvoll und was eine kleine Klimakatastrophe?

Verschiedene Studien beziffern den Anteil der Ernährung am Ausstoß klimaschädlicher Gase um die 20%. Einen erheblichen Anteil daran hat die Herstellung von tierischen Produkten, die enorm energieaufwändig ist: Man braucht enorme Mengen Getreide und Wasser, um Fleisch zu produzieren. Durch den Verzicht auf Fleischprodukte wird rund die Hälfte der Emissionen eingespart. Wer sich sogar vegan ernährt, also auch auf Milchprodukte und Eier verzichtet, spart sogar 90% der Klimagase ein.

In der Mensa am Adenauerring werden in der Regel täglich acht verschiedene, vollwertige Gerichte angeboten; drei davon sind fleischfrei. Für Vegetarier also durchaus ein vernünftiges Angebot. Durch das Karottensymbol lassen sich die vegetarischen Gerichte leicht identifizieren. Hungrige Veganer und Menschen mit Laktoseintoleranz hingegen tun sich schwerer mit der Suche nach einem vollwertigen Mittagessen. Das Symbol für vegane Gerichte und Komponenten ist die Getreideähre.

Sie findet sich zwar täglich im Speiseplan – oft aber nur bei den Beilagen. Eine vollwertige vegane Mahlzeit findet sich nur ein- bis dreimal pro Woche. Aus Rücksicht auf Menschen, die ihre Bedürfnisse ohne die Aufzucht von Tieren stillen wollen, fordert die Grüne Hochschulgruppe (GHG), dass stets eins der drei vegetarischen Gerichte vegan angeboten wird. Schließlich ist es nicht so, dass diese Gerichte ausschließlich von Veganern gegessen würden – Angebote wie die Chinapfanne kommen bei allen Studierenden gut an und sind obendrein oft die günstigeren.

Ein derart vielfältiges Angebot ist natürlich nur dann sinnvoll, wenn die Studierenden gut informiert werden. Die Kennzeichnungen der Gerichte waren in der Vergangenheit oftmals fehlerhaft oder nicht vorhanden. Der Arbeitskreis Ernährung der GHG steht mit der Mensaleitung in regelmäßigem Kontakt, um unter anderem auf diese Problematik hinzuweisen. Unsere Gespräche haben durchaus Früchte getragen – viele Kennzeichnungen wurden überprüft und korrigiert.

Bei einigen vegetarischen Gerichten (z.B. Nudeln) wurde die Hauptkomponente, so sie denn vegan ist, auch als solche gekennzeichnet – mit dem Zusatz „auf Wunsch mit Reibekäse“.

Die Auswahl zwischen fleischhaltiger und fleischfreier Wurst, die man seit einigen Monaten bei Eintopfgerichten treffen kann, geht auf eine Anregung unseres AK Ernährung und der „Initiative Vegane Mensa“ zurück. Da sich die Mensaleitung in diesen Punkten sehr kooperativ zeigt, sind wir optimistisch, in Zukunft noch weitere Verbesserungen erreichen zu können. Wer auf eine biologische Erzeugung seines Mittagessens Wert legt, findet nur ein geringes Angebot: Alle Nudeln und zum Teil Reis tragen das EG-Biosiegel. Eine schon etwas ältere Initiative der GHG hatte das Ziel, Bio-Eier in der Mensa einzuführen, und konnte zumindest einen Teilerfolg erzielen: Die

Eier kommen seit einigen Jahren von Hühnern aus Freilandhaltung.

Zu Beginn des Sommersemesters wurde der Rindfleischbezug auf „Qualivo“-Fleisch umgestellt. Dahinter verbirgt sich eine Marke, die bei der Aufzucht und Haltung der Tiere höhere als die gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien anlegt. So wird beispielsweise keine Silage verfüttert, sondern eine Futtermischung, die eher dem natürlichen Futter der Tiere entspricht. Auch die Haltungsbedingungen sind besser. Zudem kommt das Fleisch aus Baden-Württembergischen Betrieben. Wir begrüßen, dass die Mensa mit diesem Projekt im Bereich Rindfleisch ihre Qualitätsstandards verbessert hat und nun außerdem ein regionales Produkt bezieht. Wir fordern zwar eine Verringerung des Fleischkonsums, andererseits stehen wir aber auch für den Grundsatz, nicht die billigsten, sondern ökologisch vorteilhafte Produkte zu verwenden. Es sollte allen Mensabesuchern klar sein, dass auch dieses Rindfleisch eine weitaus negativere Klimabilanz hat und die Tiere im Alter von nur zwölf Monaten geschlachtet werden.

Um ein umfassenderes Bild über die in der Mensa angebotenen Gerichte erstellen zu können, hat sich unser Team als Ziel gesetzt, die Studierenden besser darüber zu informieren, was in der Mensa denn eigentlich genau auf dem Teller landet. Viele Menschen haben aus den unterschiedlichsten Gründen ein Interesse daran, ein bisschen genauer zu erfahren, was sie essen: Menschen, die aus ethischen oder gesundheitlichen Gründen auf Fleisch oder tierische Produkte im Allgemeinen verzichten, Menschen mit Nahrungsmittelunverträglichkeiten, Menschen, die sich nach religiösen Vorschriften ernähren oder ganz einfach Menschen, die neugierig sind und sich informieren wollen. Für all jene haben wir in den letzten Monaten Informationen über eine Auswahl an Mensagerichten zusammengetragen und in einer Infobroschüre, die du in dieser Quappe als Einlage findest, zusammengetragen. Sie informiert einerseits über Zutaten sowie Nähr- und Brennwertgehalt der Gerichte, andererseits über ihre ökologische Bilanz. Bei der Beschaffung der Rezepte und Produktinformationen konnten wir auf die Kooperation der Mensaleitung zählen.

Tobias Bach

bit.ly/vebu_veggietag
klimabuendnis-koeln.de/ernaehrung
bit.ly/EU_Studie_Treibhausgas

DAS MÄRCHEN VOM SOZIALEN STIPENDIENWESEN

Seit dem 1. Oktober 2011 werden am KIT 86 Studierende im Rahmen des so genannten Deutschlandstipendiums gefördert [1]. Diese Studierende erhalten ein Jahr lang, ungeachtet des Einkommens ihrer Eltern, 300 Euro pro Monat, wobei jeweils die Hälfte dieser Summe aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bzw. von privaten Geldgeber_innen kommt [2].

In Bezug auf seine Finanzierung unterscheidet sich das Deutschlandstipendium damit grundlegend von dem bisherigen staatlichen Stipendiensystem, dessen Finanzmittel gänzlich von staatlicher Seite kommen. Neben der Finanzierung unterscheiden sich die beiden Stipendiensysteme, welche nun nebeneinander existieren werden, auch in der Art und Weise, wie die Auswahl der zukünftigen Stipendiat_innen erfolgt. Während beim Deutschlandstipendium die Gremien der Hochschulen die Auswahl der Stipendiat_innen übernehmen, sind beim bisherigen Stipendiensystem die zwölf Begabtenförderwerke [3] für die Auswahl der Stipendiat_innen verantwortlich. Die Kriterien, anhand derer die Auswahl der Stipendiat_innen erfolgen muss, sind hierbei vom Gesetzgeber vorgegeben. Bei beiden Stipendiensystemen stellt die Leistung das primäre Auswahlkriterium dar. Die soziale Situation der zu Förderenden oder ihr gesellschaftliches Engagement sind zweitrangig [2]. Da die Begabtenförderwerke meist eine bestimmte politische Prägung besitzen, wird von den zukünftigen Stipendiat_innen zusätzlich eine Identifikation mit den Werten des jeweiligen Begabtenförderwerks verlangt [4]. Im Jahr 2011 flossen ca. 140 Millionen Euro in das staatliche Stipendiensystem in Form von Zuwendungen an die Begabtenförderwerke, während das Deutschlandstipendium im gleichen Jahr mit 10 Millionen Euro bedacht wurde [5]. Für die erste Vergaberunde des Deutschlandstipendiums visierte das BMBF an, dass 0,45% aller Studierenden gefördert werden [1]. Der weitere Plan ist, dass „[b]is zu acht Prozent aller Studierenden (ca. 160.000) an deutschen Hochschulen [...] mittelfristig" [6] ein solches Stipendium erhalten.

In Deutschland beziehen ca. 29% aller Studierenden BAFöG und 2% ein Stipendium

Dementsprechend müssen sich die finanziellen Aufwendungen für das Deutschlandstipendium in den nächsten Jahren vervielfachen. Im Vergleich zu den Kosten für die beiden Stipendiensysteme wirken die staatlichen Ausgaben für das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) mit 1,5 Milliarden Euro im Jahre 2011 hoch [7]. Hierbei muss aber bedacht werden, wievielen bzw. welchen Studierenden, die jeweiligen Fördermaßnahmen zugute kommen. In Deutschland beziehen ca. 29% aller Studierenden BAFöG und 2% ein Stipendium [8], wobei bei dieser Zahl auch Stipendien von privaten Geldgeber_innen berücksichtigt worden sind. Während die BAFöG-Förderung generell allen Studierenden offen steht und sich die Förderhöhe lediglich anhand sozialer Kriterien errechnet, handelt es sich bei den geförderten Stipendiat_innen mehrheitlich um Studierende, deren Eltern bereits mindestens eine Fachhochschulreife vorzuweisen haben [9]. Darüber

hinaus erhalten 42% der mit Stipendien geförderten Studierenden lediglich das so genannte Büchergeld [10], welches ungeachtet des Elterneinkommens ausgezahlt wird.

Am KIT entscheiden die beiden Präsidenten darüber, wieviele Stipendien die jeweiligen Fakultäten vergeben dürfen

Ein Grund für diese Asymmetrie ist wohl in der Gewichtung der Auswahlkriterien zu finden. Sicherlich fällt es einem Studierenden leichter gute Noten im Studium vorzuweisen, wenn er/sie keinem Nebenjob nachgehen muss. Im Zuge des deutschen Stipendiensystems werden also zu einem großen Teil privilegierte Studierende gefördert, deren Studienfinanzierung auch ohne staatliche Zuwendungen sichergestellt wäre. Solange die Auswahlkriterien des BMBF vom Primat der Leistung bestimmt sind, werden die redlichen Bemühungen einiger Begabtenförderwerke soziale Kriterien stärker bei der Auswahl der Stipendiat_innen zu berücksichtigen, letztlich erfolglos bleiben. Dabei zeigt sich im europäischen Vergleich, dass die Bundesrepublik zur Durchsetzung von wahrer Bildungsgerechtigkeit eine stärker an sozialen Kriterien orientierte Studienfinanzierung dringend gebrauchen könnte [11].

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Deutschlandstipendium und den von den Begabtenförderwerken vergebenen Stipendien, stellt die Finanzierung dar. Da das BMBF die Stipendien, die die Begabtenförderwerke vergeben, alleine finanziert, müssen sich diese weitestgehend an die Vorgaben von diesem halten. Beim Deutschlandstipendium liegt daher der Verdacht nahe, dass die privaten Geldgeber_innen gemäß dem Grundsatz „Quid pro quo?“ ebenfalls ein Wörtchen bei der Vergabe der Deutschlandstipendien mitreden möchten. In der Tat war sich auch die schwarz-gelbe Bundesregierung bewusst, dass dieser Eindruck entstehen könnte, weswegen das Gesetz zur Einführung des Deutschlandstipendium vorsieht, dass das Auswahlverfahren so zu gestalten ist, „dass eine Einflussnahme der privaten Mittelgeber auf die Auswahl der zu fördernden Studierenden ausgeschlossen ist.“ [12]. An der gleichen Stelle des Ge-

Quelle: [flickr -Nutzer chris-sy]

setzestext, erlaubt der Gesetzgeber aber ausdrücklich, dass private Mittelgeber_innen mit beratender Stimme an den Sitzungen der hochschulinternen Auswahlkommissionen teilnehmen können, wenn die Hochschule dies in ihrer Auswahlsatzung für das Deutschlandstipendium vorsieht [12]. Warum aber sollten Personen beratend an Sitzungen von Auswahlkommissionen teilnehmen wollen, wenn ihr Rat sowieso nicht berücksichtigt werden darf, da dies eine Einflußnahme darstel-

len würde? Das KIT sieht in seiner Auswahlsatzung vor, dass bis zu drei Vertreter_innen von privaten Geldgeber_innen an den Sitzungen der Auswahlkommissionen teilnehmen dürfen [13]. Es ist für die teilnehmenden Vertreter_innen sicherlich möglich die Entscheidung der Auswahlkommission zu beeinflussen, indem beispielsweise die nochmalige Teilnahme als Geldgeber_in oder die Zusammenarbeit mit der betreffenden Hochschule in der Forschung zur Disposition gestellt wird, wenn die Auswahl der zukünftigen Stipendiat_innen nicht wunschgemäß erfolgt. Wirft man einen Blick auf die Statements einiger Stifter_innen von Deutschlandstipendien am KIT, wird auch klar, wer die zukünftigen Stipendiat_innen sein sollen. Stefan Quandt, stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender und Großaktionär der BMW AG, ist beispielsweise der Meinung, dass "die Verfügbarkeit von exzellent ausgebildeten Naturwissenschaftlern und Ingenieuren entscheidend für die Zukunft des Industriestandortes Deutschland [ist]." [14]. Herrn Quandt scheint im Rahmen des Deutschlandstipendium vor allem MINT-Studienrichtungen als förderungswürdig zu erachten, denn das Deutschlandstipendium dient ihm insbesondere zur Behebung des vielbeschworenen Fachkräftemangels. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesregierung in ihrem Gesetzentwurf festgeschrieben hat, dass die Deutschlandstipendien allen Studienrichtungen gleichermaßen zugute kommen müssen oder ob private Geldgeber_innen ihre Förderung an die

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STUDIENWERK

Rückenwind für Talente

Unser Angebot
- Stipendien und ideelle Förderung
- Foren zum interdisziplinären Austausch
- Zugang zu unserem Netzwerk im In- und Ausland
- Alumni-Programm, Mentoring

Unsere Erwartungen
- Besonders gute Schul- und Studienleistungen
- Gesellschaftliches Engagement und politisches Interesse
- Unterstützung der Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung

Unsere aktuellen Förderschwerpunkte
- MINT-Fächer, insbesondere Umweltwissenschaften, Journalismus
- Menschen mit Migrationshintergrund
- Studierende aus nichtakademischen Elternhäusern
- Studierende aus Fachhochschulen
- Studierende aus Osteuropa, GUS-Staaten, dem Nahen Osten und Konfliktregionen weltweit

Information: www.boell.de/studienwerk

Nächste Bewerbungstermine: 1. März und 1. September 2012

Bevorzugung bestimmter Studienrichtungen koppeln können. In der Tat macht das Gesetz keinerlei Vorgaben, wie die Stipendien an den Hochschulen verteilt werden müssen. Lediglich die Vergabe an die einzelnen Hochschulen folgt nach einen Schlüssel, der sich an den Studierendenzahlen orientiert [2]. Am KIT entscheiden die beiden Präsidenten darüber, wieviele Stipendien die jeweiligen Fakultäten vergeben dürfen [15]. Derzeit werden die Stipendien gemäß den Studierendenzahlen auf die einzelnen Fakultäten verteilt [16].

Während in Karlsruhe alle verfügbaren Stipendien vergeben werden konnten, zeigt sich an anderen Hochschulen ein vollkommen anderes Bild. In Regionen, in denen keine finanzstarken Wirtschaftsbetriebe verortet sind, oder an Universitäten, deren Schwerpunkt nicht auf Ingenieurs- oder Naturwissenschaften liegt, zeigen sich Probleme bei der Einwerbung der privaten Mittel für die Deutschlandstipendien, so dass oftmals nicht alle verfügbaren Stipendien vergeben werden konnten [17]. Einige Förder_innen aus der Wirtschaft treibt aber nicht nur eine abstrakte Sorge um einen Mangel an Ingenieur_innen und Naturwissenschaftler_innen an, sondern auch der ganz konkrete Wunsch nach staatlich subventionierter Nachwuchsförderung. So begründet Dr. Karl-Heinz Schrödl, Direktor der Zentralabteilung Mitarbeiter der Robert Bosch GmbH, die ebenfalls Stipendiat_innen am KIT fördert, das Engagement seines Arbeitgebers mit den folgenden Worten: "Unsere Nachwuchsförderung bauen wir im Rahmen des Deutschlandstipendiums weiter aus und möchten junge Talente für die Mitarbeit in unserem Unternehmen begeistern." [14]. Neben der Robert Bosch GmbH unterstützen auch eine Reihe anderer Wirtschaftsunternehmen, wie BASF, Intel oder Siemens das Deutschlandstipendium am KIT [18]. Dabei geht die staatliche Unterstützung der Nachwuchsförderung über die gemeinsame Finanzierung der Stipendien und die Beteiligung der privaten Geldgeber_innen am Auswahlprozess der Stipendiat_innen hinaus. Die Hochschulen tragen die Kosten des gesamten Auswahlverfahrens [19] und einige Hochschulen, wie beispielsweise das KIT, verpflichten sich darüber hinaus die Stipendiat_innen und ihre Förder_innen miteinander in Kontakt zu bringen [20]. Letztlich trägt das Deutschlandstipendium also dazu bei, dass die Wirtschaft neben ihrem Einfluss auf die Forschung, den sie durch die Vergabe von Forschungsmitteln besitzt, nun auch noch mitentscheidet, welche Studierenden vom Staat gefördert werden und somit ein unbeschwerteres Studium vor sich haben werden. Aus studentischer Sicht ist das Deutschlandstipendium, insbesondere in seiner Ausgestaltung am KIT, abzulehnen. Auf Initiative der Grünen Hochschulgruppe beschloss das Studierendenparlament am KIT in der letzten Legislaturperiode auch einen entsprechenden Antrag [21].

CHRISTIAN ZIMMERMANN

[1] Presseinformation des KIT vom 10. Februar 2012 (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien1)

[2] Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (StipG) (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien2)

[3] weitere Informationen zu den Begabtenförderwerken: stipendiumplus.de

[4] am Beispiel der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.: bit.ly/qss12stipendien3

[5] Haushaltsplan des BMBF (2011, abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien4); Seite 16f.

[6] offizielle Informationsseite des BMBF zum Deutschlandstipendium (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien5)

[7] Haushaltsplan des BMBF (2011, abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien4); Seite 25

[8] 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (2009, abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien6), Seite 14

[9] Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) 2008; abrufbar: bit.ly/qss12stipendien7, Seite 24

[10] Studie des Hochschul-Informationssystems (HIS) 2008; abrufbar: bit.ly/qss12stipendien7, Seite 52

[11] Studie Eurostudent IV (2008-2011) (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien8)

[12] Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (StipG) (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien2), §2 Absatz 2 Satz 3

[13] Vergabesatzung des KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien9), §6 Absatz 2

[14] Statements von Förderern am KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien10)

[15] Vergabesatzung des KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien9), §5

[16] bit.ly/qss12stipendien11

[17] bit.ly/qss12stipendien12

[18] Auswahl von Förderern am KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien13)

[19] Gesetz zur Schaffung eines nationalen Stipendienprogramms (StipG) (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien2), §11 Absatz 2

[20] Vergabesatzung des KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien9), §1

[21] Beschluß des Studierendenparlaments am KIT (abrufbar unter bit.ly/qss12stipendien14)

ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR

kostenlos für alle?

Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für alle? In Tübingen will das eine Initiative in einem Modellversuch ausprobieren und wird vom Oberbürgermeister und einigen Gemeinderatsfraktionen unterstützt. Was halten Karlsruher Studierende davon? Wir haben uns auf dem Campus umgehört.

Wer soll denn das bezahlen?

Find ich gut, allerdings sollten die Leute, die es sich leisten können, trotzdem dafür zahlen.

Das ist eine gute Idee, aber es muss bezahlbar sein. Irgendwo muss das Geld auch herkommen.

Find ich nicht gut, weil nicht alle Leute den öffentlichen Nahverkehr nutzen und die Kosten dann wieder auf alle umgelegt werden. Die Leute, die ihn gar nicht nutzen, zahlen genauso viel wie diejenigen, die ihn exzessiv nutzen.

Ich sehe das Problem, dass Leute, die sonst das Rad nehmen oder zu Fuß unterwegs sind, animiert werden, aus Bequemlichkeit die Bahn zu nehmen.

Die Kommunen haben eh kein Geld. Problematisch ist, dass diejenigen, die einen Pkw benutzen, zweimal zur Kasse gebeten werden, für ihre eigene Mobilität und für die Mobilität der anderen. Es gibt sicherlich noch Berufsgruppen, die auf einen Pkw angewiesen sind. Deshalb finde ich es denen gegenüber unfair.

Der Vandalismus wird extrem zunehmen, wenn da jeder einfach einsteigen kann. Dann werden auch die ganzen Graffiti-Sprayer und Verkratzer das als öffentlichen Raum ansehen, und das kann fatale Folgen haben und hohe Kosten nach sich ziehen.

Dadurch, dass ein Gut umsonst angeboten wird, werden die Leute es noch viel öfter nutzen. Wenn jeder da einfach rein springen darf, wird die Sache darunter leiden. Die volle Situation in den S-Bahnen wird dadurch auch nicht besser.

Spontan würd´ ich auch gern zustimmen, aber wenn´s kostenlos ist, fragt sich auch, wie es finanziert wird und wie viel Aufwand betrieben wird für die Stationen. Ich zweifle daran, dass – wenn etwas kostenlos ist – es auch dementsprechend geschätzt wird.

Kostenlos ist immer gut.

Ich find´s nicht gut, dass es aus Steuern finanziert wird – könnte man sinnvoller benutzen.

Ich find´s gut, weil dadurch die gesamte Bevölkerung die Möglichkeit hat, sich fortzubewegen und das nicht vom Geldbeutel abhängt. Ich finde Mobilität genauso wichtig wie die Teilhabe an Kultur; Museen sollten auch gratis sein.

Ich find´s gut, weil die Bahn immer so unzuverlässig ist. Ich kauf mir extra ´n Ticket für 2,20 Euro und dann fällt die Bahn aus oder kommt zu spät und ich komm nicht mal pünktlich dahin, wo ich hin möchte und muss einen Haufen Geld zahlen, um dann mal drei Stationen zu fahren. Das wär viel weniger schlimm, wenn´s kostenlos ist, dann würd´s mir auch nichts ausmachen.

Nein, weil generell irgendwo immer Geldquellen herkommen müssen. Man muss das ja auch regelmäßig sanieren und die Steuern reichen einfach für sowas nicht, weil Steuern auch für andere Sachen verwendet werden.

Eine Kostenumlegung wäre nicht gut.

Generell bin ich schon dafür. Ich fahre immer von Heilbronn nach Karlsruhe und zahl dafür 10 Euro (Anmerkung d. Red.: Hin und zurück 20 Euro). Da ist es schon mal besser, wenn´s bisschen günstiger wird. Wenn man die Benzinpreiskostenentwicklung bedenkt, wärs schon gut, wenn man den Nahverkehr – also Bahn und Bus – ein bisschen fördert.

Schlecht find ich´s nicht, wenn´s kostenlos ist. Ist ja eigentlich nur positiv für die Leute.

An sich find ich es gut, allerdings ist es eine politische Forderung, die beim Wähler gut ankommt, aber – wenn es hart auf hart kommt – nicht umsetzbar sein wird. Wenn, dann müsste es bundesweit eingeführt werden. Allerdings gibt es dann das Problem, dass es keine privaten Anbieter geben kann und somit kein Wettbewerb stattfindet.

Florian Soldner,
Tobias Bach

DEUTSCH ALS *MUTTER*SPRACHE?

Befinden wir uns schon in einer Gesellschaft, in der das Geschlecht nicht ausschlaggebend für Stellung und Rolle ist? In der aktuellen Debatte versuchen manche – vorwiegend männliche – Diskutanten diesen Eindruck zu erwecken.

Aber selbst die Autorin des Buches „Danke, emanzipiert sind wir selber" Kristina Schröder gibt zu, dass „Frauen hier [in der Arbeitswelt] deutlich schlechter gestellt" sind und es „vielfältiger Maßnahmen" bedarf.[1]

Ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung von Frauen und Männern wäre die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache. Selbst in einer progressiven Gruppe wie der GHG gibt es geteilte Meinungen zu diesem Thema. Hier meinen wir natürlich nicht die Gleichberechtigung an sich, sondern die sprachliche Umsetzung. Aber warum ist sie ein so wichtiger Schritt?

Unsere Sprache spiegelt unsere Gesellschaft wider. Männer haben die Welt beherrscht und deshalb ist unsere Sprache auch von ihnen dominiert. Dazu schreibt die deutsche Sprachwissenschaftlerin Luise F. Pusch[2]: „Der Mann hatte sich die Welt gedanklich so erklärt und geordnet und faktisch so eingerichtet, daß sie ihm gleichförmig war, mit ihm übereinstimmte, kongruierte. Sie war Geschlecht von seinem Geschlecht geworden. Von dem Mann auf der Straße über den Staatsmann bis zu Gott dem Herrn. [...] Von den Heinzelmännchen über die Mainzelmännchen bis zu den Marsmenschen. Vom Hampelmann über den Schneemann bis zum Weihnachtsmann."

Seit Jahrhunderten versuchen sich emanzipierte Frauen in einem langwierigen und oftmals schmerzhaften Prozess aus der männlichen Unterdrückung zu befreien. Vom Wahlrecht über die Möglichkeit, ein Universitätsstudium aufzunehmen und abzuschließen, bis zur ersten Regierungschefin war es ein weiter Weg. Mittlerweile klaffen reale Lebenswelten – auch wenn Gleichberechtigung noch längst nicht erreicht ist – und die Sprache weit auseinander.

Unsere Sprache spiegelt die Verhältnisse unserer Gesellschaft wider

Dass Sprache auch Bewusstsein schafft und deshalb eine gleichberechtigte Sprache notwendig ist, zeigen Beispiele aus der Berufswelt. Die Berufsbezeichnungen Sekretärin, Erzieherin und Krankenschwester sind üblicher als Sekretär, Erzieher und Krankenbruder. Alles Berufe, die schlechter bezahlt sind und ein niedrigeres Ansehen genießen als Ärzte, Ingenieure oder Richter, wobei hier die männlichen Bezeichnungen gängiger sind. Sprache ist kein Naturgesetz, sondern ein historisch-gesellschaftliches Phänomen. Unser Sprachsystem stammt aus einer patriarchalischen Zeit. Deshalb ist es nicht nur kritisierbar und kann verändert werden, es ist auch kritik- und reformbedürftig.

Im Weiteren wollen wir anhand von Beispielen verdeutlichen, wie die patriarchalische Sprache als selbstverständlich hingenommen wird. Ein häufiges Argument gegen eine Sprachreform wird gerne in der Form „Frauen sind doch immer mitgemeint" vorgetragen. Aber wer möchte schon nur „mit-

gemeint“ sein? Und warum sollten Frauen bei jedem Satz nachdenken müssen, ob sie mitgemeint sind oder nicht?

Pusch unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen Bestimmt-Menschen (Männer) und Vielleicht-Menschen (Frauen). Beispielsweise sind in dem Satz: „Die Sänger des Unichores glänzen mit ihren Bass- und Sopransoli“ Männer und Frauen gemeint, der Satz: „Die Sänger des Unichores beschwerten sich über

die Zustände der Pissoirs des Konzerthauses“ hingegen meint offensichtlich nur die männlichen Mitglieder des Chores. Ein aktuelles Beispiel aus der Welt des Internets, das zeigt, dass die beiden Beispiele nicht aus der Luft gegriffen und immer noch aktuell sind, findet sich auf Youtube. Wer das gerade überaus beliebte Lied, das von fünf Menschen an einer Gitarre gecovert wird, sucht und auf Youtube mit der Eingabe „fünf m...“ beginnt bekommt als ersten Vorschlag: „fünf mann an einer gitarre“ angeboten. Ein Klick auf das entsprechende Video lässt unschwer erkennen, dass an der Gitarre eine Frau und vier Männer musizieren.

Bei ersterem Beispiel ist die sprachliche Vernichtung der Frau zu erkennen. Egal wie das Geschlechterverhältnis in der Gruppe aussieht, d.h. auch wenn deutlich mehr Frauen in der Gruppe sind als Männer, taucht die weibliche nicht auf. Überraschenderweise kommt (selbst von weiblicher Seite) kaum Widerspruch, wenn jedoch die rein weibliche Form für eine gemischte Gruppe verwendet wird, ist die Empörung groß. Aber warum sollten sich Frauen mit dem generischen Maskulinum angesprochen fühlen?

Dagegen könnte eingewendet werden, dass es auch Beispiele gibt, bei denen das männliche Geschecht „mitgemeint“ wird. Zum Beispiel die Katze, die auch gleichzeitig den Kater miteinschließt. Welches Geschlecht

als Archilexem verwendet wird ist nur auf den ersten Blick wertfrei und vorurteilslos. Aber interessanter Weise scheint es bei Tierbezeichnungen eine Systematik zu geben.

TIGER/Tigerin; HUHN/Hahn; LÖWE/Löwin; GANS/Gänserich; WOLF/Wölfin; ENTE/Erpel; BÄR/Bärin; KUH/Stier, Ochse; LEOPARD/Leopardin[2]

Wie wir sehen können, wird bei den Nutztieren das „nützlichere" (eierlegende, milchgebende) Geschlecht als Archilexem verwendet, bei den Raubtieren das „starke" Geschlecht. „Zum Archi[lexem] wird also anscheinend das jeweils Wichtigere, Größere, Positivere."[3] Übertragen auf den Menschen würde das bedeuten, dass der Mann genau dies verkörpert.

Die sprachliche Abwertung des Weiblichen zeigt sich nicht nur in der Wahl der Archilexeme, sondern auch in der Reihenfolge der Geschlechter, die die Rangordnung symbolisiert. Er, sie, es – Herr und Frau – Bruder und Schwester: weiblich gleich Zweitrangig.

Selbst in einer Erklärung, in der die Gleichheit aller Menschen als höchstes Ziel definiert wird, wie der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, wird im gleichen Artikel mit dem Begriff „Brüderlichkeit" ein Geschlecht ausgeschlossen.[4] Wir hoffen, dass alle „Schwestern" in diesem Artikel „mitgemeint" sind, klargestellt werden könnte das aber besser, indem der Begriff „Geschwisterlichkeit" verwendet werden würde.

Mann mag entgegnen, das selbst Frauen sich an der maskulinen Sprache nicht stören und sie selbst unkritisch anwenden und deshalb auch kein Problem damit haben können. Doch wird allen Kindern – egal ob männlichen oder weiblichen Geschlechts – von Kindesbeinen an genau diese Sprache eingebläut. Wir lernen, uns an die grammatischen Regeln zu halten und bestimmte „schmutzige" Begriffe nicht zu verwenden, werden aber nicht dazu erzogen, die Sprache kritisch zu reflektieren, da sie uns als quasi unveränderbares „Naturgesetz" vorgesetzt wird. Deshalb sollten wenigstens Frauen damit beginnen, das Maskulinum nicht mehr auf sich selbst anzuwenden.

Unterscheidung zwischen Bestimmt-Menschen: Männern und Vielleicht-Menschen: Frauen

Deshalb muss in erster Linie bei der Erziehung angesetzt werden um den Kindern einen kritischen Umgang mit ihrer Sprache zu befördern. Dennoch entbindet uns das nicht von der Pflicht auch unsere eigenen zu reflektieren und reformieren und geschlechtergerecht zu gestalten.

Ein weiterer, häufig genannter Grund, der gegen eine gegenderte Sprache angeführt wird, ist, dass der Lesefluss dabei gestört werden würde und es gleichzeitig ineffizient sei. Aber bei elementaren Menschenrechten, wie der Gleichbehandlung von Frauen und Männern, dürfen Eleganzerwägungen und „ökonomische" Überlegungen keine Rolle spielen.

Wie kann nun also die Sprache geschlechtergerecht umgebaut werden?

Im Regelfall wird von Menschen, die sich der Problematik bewusst sind, das Anhängsel -in in irgendeiner Form wie StudentIn (Binnen-I) oder Student_in (Gender-Gap) oder

Student*in (Gender-Kristal) verwendet. Dies ist wiederum ein gutes Beispiel dafür, wie patriarchalisch unsere Sprache von den realen Verhältnissen, in denen die Frauen lange Zeit lediglich das Anhängsel der Männer war, geprägt ist.

Pusch schlägt eine Lösung für dieses Problem vor, indem einfach der Grundform Student der weibliche Artikel die vorangestellt wird. Damit würden auf lange Sicht die Grundformen einen Bedeutungswandel erfahren und nicht mehr nur als männlich, sondern als geschlechtsneutral wahrgenommen werden. Diese Beinahelösung zieht aber ein weiteres Problem mit sich, das in der Pluralform in Erscheinung tritt. Im Fall von die Studenten lässt sich nicht entscheiden ob damit die rein männliche oder die geschlechtsneutrale Variante gemeint ist.

Deshalb wollen wir wieder auf die Anhängselvariante zurückkommen und sie näher diskutieren. Ein besonderer Vorteil gegenüber Binnen-I bieten die Varianten Gender-Gap und Gender-Kristal dahingehend, dass sich damit auch Menschen, die sich nicht in den Kategorien männlich und weiblich wiederfinden können oder wollen, angesprochen fühlen. Wann immer es möglich ist, sollte dem tatsächlich geschlechtsneutralen Gerundium Studierende der Vorzug gegeben werden.

Doch warum dieser ganze Aufwand?

Sprache ändert unser Bewusstsein, Bewusstseinsänderungen sind notwendig um Realitäten zu ändern. Allein eine Änderung der Sprache ist natürlich noch nicht ausreichend, aber trotzdem notwendig, um gesell-

Bücher
für alle
Semester!

24 Stunden: www.kronenplatz.de
Kaiserstraße 18 • 76133 Karlsruhe
Tel. 0721/37 77 75 • Fax: 0721/377575

schaftliche Veränderungen anzuerkennen und voranzutreiben.

Um besser zu verstehen, wie durch und durch männlich geprägt unsere Sprache ist, lohnt es, sich einmal das genaue Gegenteil vor Augen zu führen. Die Autorin Gerd Brantenberg tut genau dies in ihrem Buch „Die Töchter Egalias“, dessen Handlung in einem Matriarchat spielt:[5]

„Schließlich sind es noch immer die Männer, die die Kinder bekommen“, sagte die Direktorin Bram und blickte über den Rand der Egalsunder Zeitung zurechtweisend auf ihren Sohn. Es war ihr anzusehen, daß sie gleich die Befrauschung verlor. „Außerdem lese ich Zeitung.“ Verärgert setzte sie ihre Lektüre fort, bei der sie unterbrochen worden war.

„Aber ich will Seefrau werden! Ich nehme die Kinder einfach mit“, sagte Petronius erfinderisch.

„Und was glaubst du wohl, wird die Mutter des Kindes dazu sagen? Nein, mein Lieber. Es gibt gewisse Dinge im Leben, mit denen du dich abfinden mußt. Selbst in einer egalitären Gesellschaft wie der unseren können es nicht alle Wibschen gleichhaben. Es wäre zudem tödlich langweilig. Grau und trist.“ „Es ist viel grauer und trister, nicht werden zu dürfen, was dam will.“

„Wer hat denn gesagt, daß du nicht werden darfst, was du willst? Ich sage nur, du sollst realistischer sein. Keine kann das Ei essen und zugleich das Küken haben wollen. Bekommst du Kinder, so bekommst du Kinder. Hör mal zu, Petronius. In meiner Jungmädchenzeit hatte ich auch eine Menge hochfliegender Träume von dem, was ich werden wollte. Seefrauenromantik. Daran leidest du. Du solltest aufhören, all die abenteuerlichen Erzählungen über die Taten der Frauen zu lesen, und dich lieber in Jünglingsromane vertiefen. Dabei bekommst du viel realistischere Vorstellungen. Außerdem ist das kein richtiger Mann, der zur See fahren will.“

„Aber die meisten Seefrauen, die ich kenne, haben doch auch Kinder.“

„Das ist doch etwas ganz anderes! Eine Mutter, Petronius, kann nie Vaterstelle bei einem Kind vertreten.“

Seine Schwester lachte gemein. Sie war anderthalb Jahre jünger als er und ärgerte ihn immer. „Haha! Ein Mann soll Seefrau werden? Denkste!“ Neunmalklug fügte sie noch hinzu, daß der Widersinn doch schon in den Wörtern liege. „Eine männliche Seefrau! Der blödeste Ausdruck seit Wibschengedenken. Ho, ho! Vielleicht solltest du Schiffsjunge werden? Oder Zimmermann? Oder Steuermann?! Ich lach‘ mich tot.“

Hannah Ullrich,
Samuel Karrer

---

[1] kristinaschroeder.de

[2] Luise F. Pusch: Das Deutsche als Männersprache, Frankfurt a. M. 1984

[3] ebenda

[4] Art. 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“

[5] Gerd Brantenberg: Die Töchter Egalias - Ein Roman über den Kampf der Geschlechter, Oslo 1977

Mittwochs gibt‘s bei Füllhorn 6% Studierendenrabatt*!

**Nach Vorlage eines gültigen Studentenausweises. Ausgenommen sind Aktionsartikel, einige „Bio-für-jeden-Tag-Produkte“, Presse, Bücher und Pfand.*

Füllhorn ist zertifiziert nach EG-Öko-Verordnung, Ökokontrollstelle DE-ÖKO-007

Ihr BioMarkt

Füllhorn

Füllhorn finden
Sie auch in Bruchsal,
Heidelberg, Landau,
Speyer und Weingarten.

Karlsruhe, Erbprinzenstr. 27
www.fuellhorn-biomarkt.de

ENERGIEWENDE 2.0 !?

Vor gut einem Jahr verkündete Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung „Der Weg zur Energie der Zukunft“, wie der Ausstieg aus der Kernkraft und der erneute Einstieg in die Erneuerbare Energie unter der schwarzgelben Regierung erfolgreich gelingen kann. Vor allem der massive und schnelle Ausbau der Stromnetze und die Förderung von Offshore-Windenergie sollten den Plan zum Erfolg führen. [1]

Die großen Vorhaben der Regierung sind bisher nur heiße Luft geblieben. Der Netzausbau kommt schleppend voran. Merkel stellte selbst fest, dass der Ausbau bei „vielen Projekten im Rückstand“ liegt [2]. Peter Altmaier, der neue Umweltminister, spricht heute von einem wiederholten „Neustart“ nach 2011 bei der Energiewende und konstatiert, dass sich in den verantwortlichen Positionen „viele noch keine Rechte Vorstellung machen“ wie der Netzausbau in Deutschland klappen kann [3].

Das Problem der Netzerweiterung ist schon seit einigen Jahren bekannt, doch durch die uneinheitliche und nicht stringente Energiepolitik der letzten Jahre blieben viele Projekte für den Netzausbau liegen. Besonders der Ausstieg aus dem Atomausstieg rückte die Erneuerung der Netze in den Hintergrund und bremste die Investitionen in Erneuerbare Energien und deren Infrastruktur massiv. Ohne die letzten drei Jahre und mit dem alten Zeitplan des Erneuerbaren Energien Gesetz von 2004 wäre die Energiewende in Deutschland deutlich weiter. Trotz dieser Tatsache brüsten sich die Regierungspolitiker damit, die Energiewende 2011 eingeleitet zu haben. Es bleibt jedoch fraglich von einer Wende zu sprechen, wenn bereits ein Jahr vor deren vermeintlichem Eintritt 16,6% der Stromerzeugung von Erneuerbaren Energien gedeckt wurde [4]. Die ersten wichtigen Schritte der Energiewende fanden im Jahre 2000 mit dem „Atomkonsens“ und dem anschließendem EEG-Gesetz statt, die zu einem signifikanten Anstieg der Erneuerbaren am Strommarkt führten [5]. In aktuellen Berichterstattungen wird diesem Zusammenhang jedoch kaum Beachtung geschenkt.

Weitere Gründe für die zu langsame Erweiterung der Netze und der schnelleren Umgestaltung der Energielandschaft sind die fehlenden Anreize und Beteiligungen für die Bevölkerung aber auch das Blockieren einiger Netzbetreiber [6]. Bürgerproteste gegen Stromtrassen sind die konsequente Folge von fehlendem Mitspracherecht bei der Netzplanung. Großprojekte von oben herunter zu planen und zu realisieren verursachte in der Vergangenheit immer erhebliche Zeitverzögerung bei der Verwirklichung und zugleich Unmut bei den betroffenen Bürgern. Stuttgart 21 sollte für die Politiker ein mahnendes Beispiel sein.

Doch ausgerechnet die fehlende Beteiligung widerspricht sich mit der ursprünglichen Idee und Definition der Energiewende, die erstmals vom Öko-Institut in den 80er Jahren formuliert wurde. Sie beinhaltet eine Demokratisierung der Energiegewinnung, d.h. mehr Beteiligung der Bevölkerung an der Stromerzeugung aus regenerativen Energien. Dies kann beispielsweise durch Bürgerwindparks oder indirekt über kommunale Stadtwerke, an denen die Bürger mitbeteiligt sind, erreicht werden. Ziel ist es das Oligopol der

vier großen Stromkonzerne aufzubrechen und damit Preisabstimmungen für Strom zu verhindern. [5]

Gerade hier handelt die Regierung am deutlichsten dem Sinne der eigentlichen Energiewende zuwider. Anreize für die Bevölkerung hat sie bisher keine geschaffen. Vielmehr wurden die Förderungen für Solarenergie Anfang dieses Jahres sogar gekürzt [7]. Auch Förderungen für umweltfreundliche Gebäudesanierungen oder Effizienzsteigerung, die ein hohes Potenzial zur Einsparung von Strom und Wärme haben und schnell realisierbar sind, sind bisher nicht vorgesehen.

Die aktuelle Regierung behindert eine wirkliche Energiewende

Ein weiterer und bedeutender Punkt ist das Vorantreiben einer dezentralen Energieerzeugung. Anstatt wenige große Kraftwerke, wie Atom- und Kohlekraftwerke, sollen überall kleine Energieanlagen verteilt stehen. Dies steigert die sowohl die zuvor beschrieben Bürgerbeteiligung und erhöht gleichzeitig die Versorgungssicherheit durch Großausfälle. Zudem bietet es die Möglichkeit, wie beispielsweise bei Kraft-Wärme-Kopplung, Energieressourcen effizienter zu nutzen.[5]

Dass die schwarz-gelbe Regierung überwiegend die Förderung der Offshore-Windenergie vorantreiben will, scheint zunächst im Sinne der Energiewende. Doch allein auf Erneuerbare Energie zu setzen, reicht nach der ursprünglichen Definition nicht aus. Auf den Investorenlisten für Offshore-Windenergie befinden sich fast ausschließlich Großkonzerne[8]. Das bringt weder die Bürgerbeteiligung voran, noch die geforderte Dezentralität. Für die zukünftige Stromversorgung aus Regenerativen Energien wird die Offshore-Windenergie benötigt werden, doch momentan bestehen durch extreme Witterungsbedingungen und komplizierte Netzanbindungen technische Herausforderungen, die zu hohen zusätzlichen Kosten führen. Um die Energiewende in ihrem ursprünglichen Sinne voranzutreiben, müssten zunächst die Potenziale an Land genutzt werden. Diese besitzen darüberhinaus noch ein großes Potenzial nach oben, vor allem die Onshore-Windenergie, die nach Berechnungen bis zu 65% des deutschen Strombedarfs langfristig decken können [10].

Warum jedoch werden hierfür keine Anreize geschaffen? Die Vorteile liegen klar auf der Hand. Sie sind schneller realisierbar. Sie fördern die Beteiligung der Bevölkerung und damit die Akzeptanz. Und einige Probleme der Netzanbindung von Nord nach Süd können damit schneller gelöst werden. Das Fehlen all dieser Anreize verdeutlicht vielmehr, dass die aktuelle Regierung keine Energiewende betreibt. Dafür müssten sie erst ihre Wirtschaftsfreundlichkeit gegenüber großen Energieversorgern aufgeben, was vielen Unions- und FDP-Politkern widerstrebt.

Die großen vier Strombetreiber haben dem Umstieg auf die Erneuerbaren Energien zu Beginn des Jahrhunderts verschlafen. Sie verfolgten lieber die Strategie ihren alten Kraftwerkspark, der überwiegend aus Atom- und Kohlekraftwerken besteht, beizubehalten und durch gute Lobbyarbeit den Atomausstieg rückgängig zu machen [11]. Dies gelang ihnen auch 2010 hervorragend, doch das Er-

eignis von Fukushima konnte niemand vorhersehen. Der wiederholte Ausstieg versetzt E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall erneut in die missliche Lage, nicht genügend für eine Umgestaltung des Energiesektors gerüstet zu sein. Viele Stadtwerke und Bürgergenossenschaften hatten schon seit Jahren in Projekte von Erneuerbaren Energien investiert und nahmen damit den großen Konzernen kontinuierlich Marktanteile ab. Um diesen Rückstand in der Positionierung aufzuholen bieten sich Großprojekte beispielsweise in Form von Offshore-Windparks, wie sie die aktuelle Regierung verstärkt fördert, bestens an. Die finanziellen Mittel dafür besitzen nur Großinvestoren. Doch ausschließlich auf diese noch riskante und unsichere Technik zu setzen, erhöht auch die Möglichkeit eines Verzögerns und verschafft den Konzernen weiter Zeit.

Auch die aktuelle und einseitig geführte Kostenfrage der Energiewende bewirkt nur die Diskreditierung des Projekts in der breiten Bevölkerung und nimmt damit den Druck von der Regierung ab, die Umstellung beherzter voranzutreiben.

Insbesondere die EEG-Umlage steht aktuell im Blickpunkt der regierenden Politiker und Medien und gilt als Verursacher für die steigenden Strompreise. Die Umlage beziffert die Mehrkosten, die von den EEG-Strom aufnehmenden Netzbetreibern den Übertragungsnetzbetreibern für Strom aus Erneuerbaren Energien berechnet werden [12]. Dabei verursacht sie gerade einmal nur einen Anteil

von 8% der Stromkosten und kann den permanenten Anstieg der Strompreise zwischen 2000 und 2010 von 14,3 auf 23,9ct/kWh nicht hauptsächlich verursachen. Das Bundeswirtschaftsministerium kam 2010 in einer Studie darauf, dass hierfür die steigenden Energiepreise, für Öl, Kohle und Gas, auf den internationalen Rohstoffmärkten verantwortlich sei. Trotz dessen, bleibt der Vorwurf bestehen, ge eine EEG-Umlage von 3 Cent vollkommen ausreichen. [14]

Auch dieser weitere Punkt bezüglich der EEG-Umlage wird in der aktuellen Diskussion von Wirtschaft und Politik gerne vernachlässigt. Vielmehr wird betont, dass sie sich über die „sachliche Auseinandersetzung“ bezüglich der tatsächlichen Kosten der Energiewende freuen. Tatsächlich wird es erst möglich sein,

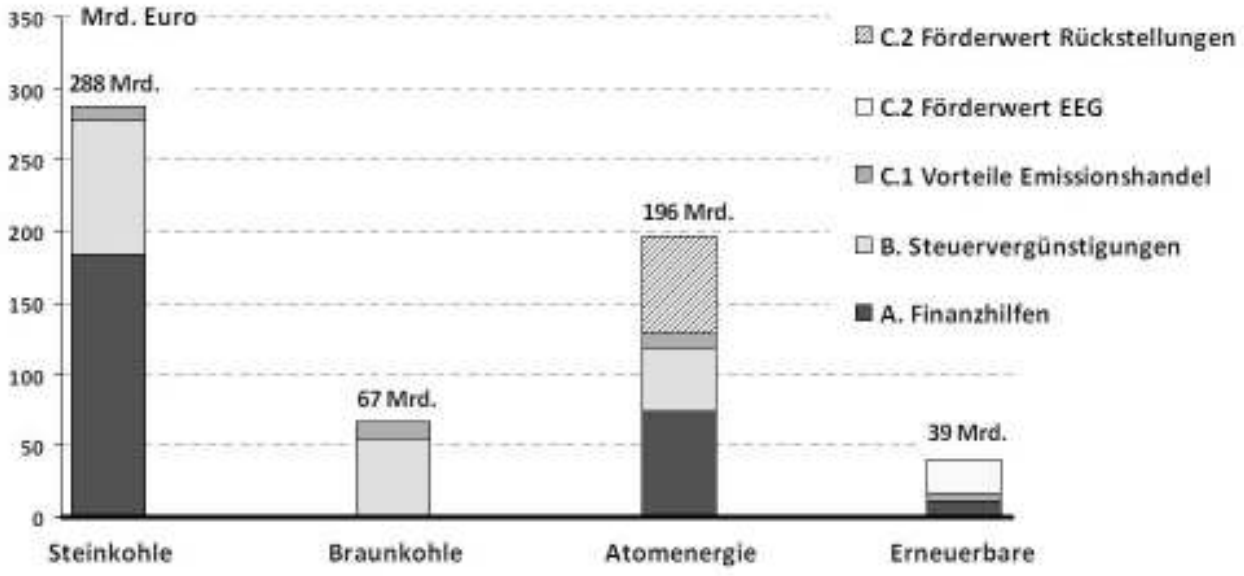

Abbildung 1: Staatliche Förderungen von 1970-2010 in Mrd. Euro (real); Quelle: FÖS-Studie[15]

Ökostrom sei Verursacher der andauernd steigenden Stromkosten[13].

Laut Netzagentur beträgt die Umlage zurzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde. Gleichzeitig kritisiert sie, dass einige hundert Firmen von dieser Umlage durch die Regierung befreit wurden. Für die so genannten stromintensiven Unternehmen ergaben die Berechnungen, dass diese ungefähr 18% des deutschen Stroms verbrauchen und dafür lediglich 0,3 % der gesamten Umlage bezahlen. Müssten sie die Umlage regulär zahlen, würde demzufol- eine sachliche Diskussion über die Energiewende zu führen, wenn die vorher genannten Zusammenhänge mit einfließen und alle Kraftwerkstypen und Stromerzeuger mit vergleichbaren Bewertungskriterien beurteilt werden. Hierfür nur den Strompreis als Indikator zu nehmen, ist nicht ausreichend.

Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine transparente Kostenaufstellung aus. Die EEG-Umlage beispielsweise bildet eine direkte Subvention, die für jeden Bürger verständlich und durch die Stromrechnung ersichtlich ist. Der große Unterschied bei konventionellen

Energieträgern ist jedoch deren verhältnismäßig großer Anteil an indirekten Subventionierungen, die sich aus Finanzhilfen und Steuervergünstigungen ergeben. Diese werden nicht über den Strompreis bezahlt, sondern fließen über den Staatshaushalt.

In der 2011 veröffentlichten und ausführlichen Studie vom FÖS wurden für den Zeitraum von 1970 bis 2010 alle Subventionen, sowohl die direkten als auch indirekten, die an die einzelnen Energieerzeugern gezahlt wurden, aufgelistet. Wie in der Abbildung 1 zu sehen hat Steinkohle mit 288 Mrd. Euro die größten staatlichen Förderungen erhalten, gefolgt von Atomenergie mit 196 Mrd. und Braunkohle mit 67 Mrd. Erneuerbare Energien fallen mit 39 Mrd. eher gering ins Gewicht, allerdings werden hier über die Hälfte der Subventionen über die EEG-Umlage bezahlt, also über den Strompreis. Für den Bürger entsteht folglich der Eindruck, dass Erneuerbare Energien teurer sind und als einzige Subventionen erhalten.[15]

Werden zusätzlich zu den staatlichen Förderung die externen Kosten, wie zum Beispiel Umweltschäden durch den CO2-Ausstoß oder der Einsatz von Chemikalien bei der Rohstoffgewinnung, mitberücksichtigt ergeben sich deutlich höhere Strompreise für Atom-, Stein- und Braunkohle. In Abbildung 2 sind die sich dafür ergebenden Preise angegeben. Es zeigt sich, dass bereits jetzt Windkraft an Land und Wasserkraft deutlich günstiger sind als die konventionellen Energieerzeuger. Einzig Photovoltaik ist teurer, doch wird diese Technologie durch technische Weiterentwicklung und Produktionskostensenkungen nach Schätzungen ab 2019 ebenfalls günstiger sein als fossiler Strom.

Diese Thematik wird in der öffentlichen Diskussion viel zu oft verschwiegen und behindert eine transparente und ehrliche Diskussion.

Der Kommentar von Bundespräsident Gauck, die Energiewende könne „nicht [allein] mit planwirtschaftlichen Verordnungen [gelingen]. Wohl auch nicht mit einem Übermaß an Subventionen“, verstärkt den Eindruck, dass die öffentliche Diskussion von Personen ohne das nötige Fachwissen geprägt werden [16]. Der Beifall des Bundeswirtschaftsministers für Gaucks Rede bekräftigt diese Annahme. In Anbetracht der immensen Subventionen, erscheint die

	Atom-energie	Stein-kohle	Braun-kohle	Wind onshore	Wasser	PV
1. Verkaufspreis des Stroms auf erster Handelsstufe	5,2 Ct/kWh	5,2 Ct/kWh	5,2 Ct/kWh	8,8 Ct/kWh	7,6 Ct/kWh	46,8 Ct/kWh
2. Staatliche Förderungen (A.+B.)	1,9 Ct/kWh	2,5 Ct/kWh	1,1 Ct/kWh	-0,3 Ct/kWh	-0,3 Ct/kWh	-0,3 Ct/kWh
3. nicht internalisierte externe Kosten	5,7 Ct/kWh	4,4 Ct/kWh	5,8 Ct/kWh	-0,9 Ct/kWh	-0,9 Ct/kWh	- 0,04 Ct/kWh
Summe gesamtgesellschaftliche Kosten	12,8 Ct/kWh	12,1 Ct/kWh	12,2 Ct/kWh	7,6 Ct/kWh	6,5 Ct/kWh	46,5 Ct/kWh

Abbildung 2: Gesamtgesellschaftliche Kosten der Stromerzeugung im Jahr 2010; Quelle: FÖS-Studie[15]

Angst vor der Planwirtschaft im Energiemarkt von Seiten der CDU und FDP paradox. Noch widersprüchlicher ist die Forderung von Planungssicherheit für den Betrieb von Großkraftwerken durch die namenhaften Energieversorgungsunternehmen. Denn Planungssicherheit ist in der Theorie der Marktwirtschaft nicht vorgesehen.

Um die Diskussion über die Energiewende auf eine sachliche und konstruktive Ebene zu führen, dürfte der Fokus nicht allein auf die Erneuerbaren Energien und deren vermeintlichen Mehrkosten durch die EEG-Umlage gerichtet sein, sondern muss auch die anderen Kraftwerkstypen mit deren Kosten und Schäden einschließen.

Durch Erneuerbare Energien vermiedene Umweltschäden verhindern in Deutschland jährlich Kosten von mindestens 8 Mrd. Euro. Mit steigendem Anteil der Regenerativen wächst auch das Einsparungspotential kontinuierlich wodurch die Kosten für den Netzausbau über die nächsten zehn Jahre leichter zu rechtfertigen ist. Darüber hinaus werden durch den Ausbau der regenerativen Energien die Abhängigkeiten von Rohstoffimporten reduziert, welche auf Grund von Rohstoffverknappung immer teurer werden. Folglich entstehen höhere Produktionskosten von konventionellen Energiequellen, die wiederum eine Erhöhung des Strompreises bewirken.[5]

Die Verantwortung fürs Geld kann man am Bankschalter abgeben, muss man aber nicht.

Geld ist ein soziales Gestaltungsmittel —
wenn wir es gemeinsam dazu machen.

Filiale Stuttgart
Eugensplatz 5

GLS Bank
das macht Sinn

Eine richtig umgesetzte Energiewende bietet für die Bevölkerung immense Vorteile. Steigende Transparenz der Stromerzeugung und wirtschaftliche Partizipation unterlaufen Preisabsprachen unter den großen Stromanbietern. Desweiteren werden indirekte Subventionen der konventionellen Energieträger vermieden und zu guter Letzt die Umwelt geschont. Gelingt es, dies der öffentlichen Wahrnehmung zu vermitteln, besitzt die Regierung keine Ausrede mehr, mit der Fortführung der bürgerbeteiligten Energiewende zu zögern.

Kay Schäfer

[1] bit.ly/qss12energie

[2] bit.ly/qss12energie1

[3] Spiegel Online Video: „Energiewende: Umweltminister Altmaier verspricht neuen Schwung“

[4] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: „Energiedaten: ausgewählte Grafiken“ 25.1.12

[5] bit.ly/qss12energie2

[6] Frontal 21; Fernsehbericht vom 5.6.2012

[7] bit.ly/qss12energie3

[8] bit.ly/qss12energie4

[9] bit.ly/qss12energie5

[10] bit.ly/qss12energie6

[11] bit.ly/qss12energie7

[12] bit.ly/qss12energie8

[13] Germanwatch; Studie „Warum sich die Energiewende rechnet“, Mai 2012

[14] bit.ly/qss12energie9

[15] FÖS; Studie „Was Strom wirklich kostet“, April 2011

[16] bit.ly/qss12energie10

YA CASI ES 1° DE JULIO, Y TÚ, ¿ESTÁS INFORMADO?

El tema que está en boca de todos los mexicanos actualmente es el de las futuras elecciones del 1° de julio para elegir un nuevo presidente, el cual representará los intereses del país entero durante un nuevo periodo de 6 años.

Para los que se encuentren un poco perdidos, les recuerdo que el Partido Acción Nacional está representado por Josefina Vázquez Mota, a la coalición "Compromisos por México", la cual integran el Partido Revolucionario Institucional y el Partido Verde Ecologista de México, los representa Enrique Peña Nieto, a la coalición "Movimiento Progresista", integrado por el Partido Revolución Democrática, el Partido del Trabajo, y el Movimiento Ciudadano los representa el ya una vez candidato Andrés Manuel López Obrador, y por ultimo al partido Nueva Alianza lo representa Gabriel Quadri de la Torre.

Finalmente, este pasado 6 de mayo se llevó a cabo el primer debate presidencial. Más que favorecer el voto hacia alguno de los candidatos, me gustaría en este espacio hacer un contraste de las propuestas (muy escasas) que se llevaron a cabo en dicho debate, para que de esta forma el mismo lector se interese por lo que sucederá en México.

Lo que resaltó a primera vista fue el principal punto de apoyo en el cual se basa el discurso de Andrés Manuel, o "el peje", un tono de indignación y asignación de culpas de lo que ha estado ocurriendo en el país durante los últimos años, resaltando lo podrido de nuestro sistema político y alentando el voto para que un nuevo frente, conocedor de los problemas de la gente y que sabrá castigar a los pocos que durante tanto tiempo tuvieron el poder y supieron aprovecharse de él. Durante todo el debate, no importando cual fuera la pregunta, ese fue su argumento.

La única propuesta que logré encontrar en su discurso fue la de rescatar al campo, bajar el precio de energéticos (dícese diesel, gasolina y electricidad), así como eliminar monopolios. En el campo de la educación, aseguró que ningún joven se quedará fuera de la universidad pública. En segundo lugar tuvimos a Enrique Peña Nieto, el cual hizo dos propuestas muy importantes, la de impuestos progresivos y la de un seguro social universal.

La primera a discutir es la de los impuestos progresivos. Durante mucho tiempo en México hemos tenido la gran injusticia de que los sectores más beneficiados económicamente logran evadir muchos de sus impuestos, mientras que los más pobres son los que más sufren.

La segunda es la del seguro social universal, con la cual nos pondríamos en igualdad médica con las potencias más grandes del mundo, como Francia o Inglaterra.

Una propuesta que no me pareció tan conveniente fue la de darle mayor presupuesto al poder judicial. Esto debido a que el darle más recursos a una institución que se encuentra claramente podrida no mejorará nada hasta que se logre sanar de raíz.

Las siguientes propuestas de las que hablaré son las de Josefina Vázquez Mota. Esta candidata se basa primordialmente en un discurso dirigido a las mujeres y madres, las cuales se encuentran preocupadas en estos tiempos violentos que vivimos. Por lo mismo, sus principales propuestas van encaminadas

a mejorar el poder judicial. Quiere crear una policía nacional con disciplina militar para que el pueblo se sienta más seguro, y en caso de que las cosas salgan de control se haga llamado a esta policía. Así mismo, creará un sistema de rendición de cuentas y un fiscal anti-corrupción, el cual velará por la seguridad de los ciudadanos.

Además, eliminará el fuero político y otorgará la máxima pena a políticos corruptos. También quitará la elección de los tan famosos "plurinominales" los cuales solamente sirven para que los partidos tengan más votos en sus propuestas, sin estar verdaderamente del lado de la gente. Por último, se encuentra Quadri, el cual aprovechó cada momento que pudo para dar a notar las descalificaciones que se hacían sus contrincantes, señalando que así son los políticos de siempre. Se propone atacar la sobrepoblación en las cárceles del país creando cárceles de alta seguridad para los criminales de alta peligrosidad y por otro lado hacer una alianza de cárceles público-privadas para los criminales menores. Para mejorar el poder judicial creará una policía científica. Por medio de la mejora en el servicio público eliminará los problemas de tráfico y de producción de gases contaminantes al mismo tiempo.

Una propuesta muy interesante que llevó a cabo fue la de la creación de policías estatales, eliminando las municipales, las cuales en verdad son un dolor de cabeza y, como el mismo indica, solamente sirven para que se produzcan injusticias.

Su propuesta de hacer del internet y banda ancha un derecho no me parece tan atinado en un país en el cual la única forma de conseguir internet es por medio de una de las empresas más rica y de mayor monopolio en el mundo.

En el aspecto ecológico le dará contratos de protección ambiental a los campesinos, con lo cual además otorgará empleo a muchos mexicanos que se encuentran en extrema pobreza. En los energéticos, permitirá que se hagan inversiones privadas.

Este es un pequeño resumen de lo que fueron las propuestas, vistas de una forma crítica. Por favor, hay que alentar el voto racional, sin dejarnos llevar por estandartes políticos. Lo que importan son las propuestas y no los representantes.

Mexicanos, la persona que sea elegida nos representará durante 6 años, hará valer sus propuestas y se encargará de manejar al país según lo que deja ver en su campaña. No hay que dejarnos llevar por especulaciones. Nuestro mayor poder es la decisión, hay que utilizarlo basándonos en la información.

Sin embargo, no hay que olvidarnos, lo que importa no es lo que este también ciudadano diga, sino lo que el pueblo pida. Las manifestaciones sí funcionan, siempre y cuando sean llevadas a cabo por las razones correctas y con los fines claros.

Hay recordar siempre que lo que importa es el bien común.

ARTURO HERNÁNDEZ MORA

Die deutsche Übersetzung findet Ihr auf unserer homepage www.ghg-karlsruhe.de

Friseur am Kronenplatz

Kaiserstraße 30

Damen und Herren

Trockenschnitt	9,-

Herren

Maschinenschnitt	5,-
Waschen & Schneiden	10,-
Färben/Tönen	10,-
Haubensträhnen	10,-
Kammsträhnen	10,-
Tribel, beide Seiten	10,-

Damen

Waschen+Schneiden+trocknen	10,-
Waschen+Schneiden+Föhnfrisur (kurz incl. Festiger + Spray)	22,50
Waschen+Schneiden+trocknen, mittel	13,50
Waschen+Schneiden+trocknen, lang	ab 15,00
Föhnfrisur	ab 10,-
Foliensträhnen, 11 Stück	10,-
Foliensträhnen, 22 Stück	20,-
Foliensträhnen, 33 Stück	27,-
Haubensträhnen	ab10,-
Kammsträhnen	ab 10,-
Färben / Tönen	
Ansatz	ab 10,-
Komplett	ab 15,-
Blondieren	
Ansatz	ab 15,-
Komplett	ab 20,-
Dauerwelle all inclusive	ab 44,50
Dauerhaft glattes Haar	ab 20,00
Wimpernfärben	5,-
Augenbrauenfärben	5,-

FRÜCHTE DER SORGLOSIGKEIT

Über Ressourcenverbrauch und unternehmerische Freiheit

„Die städtische Kläranlage arbeitet günstiger, wenn ich mein Popapier nicht in die Schüssel, sondern in einen getrennten Papierbehälter daneben werfe. Obwohl ich das in der ersten Zeit für unmöglich hielt riecht es kein bisschen.“ Sagt Max Ökol, Mitglied des Förderbundes freie Abfallwirtschaft, der nach seinem Studium der Betriebswirtschaftslehre mit Vertiefung Tourismusmanagement bei der Hotelkette Parriots in der Bewertung neuer Standorte tätig wurde. Schon öfters ist er mit seiner konsequenten Umsetzung systemgerechter Verhaltensweisen auf unruhige Blicke gestoßen. Nicht nur als er im Schulrat das Rauchverbot für die „Verstümmelung“ des Schulbiotops verantwortlich macht, sondern auch als er in der Uni Hinweiszettel mit der Aufschrift „Zutritt zum Hörsaal nur mit Schal - innere Wärme für den Klimaschutz“ verteilt. Mit der Zeit lernt er mit den Reaktionen derer zu leben die seine „Verbesserungen“ zunächst als realitätsfremd und freiheitsberaubend empfinden. Von seinen Mitstudenten wird er oft „Marktverzerrer“ genannt und kommt so auf die Idee, sie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Dazu gründet er im Urlaubssemester das Unternehmen „Payperback“, welches Toilettenpapier sammelt und an Blockheizkraftwerke verkauft. Das Verständnis seiner Freunde gewinnt er mit dem ersten Jahresabschluss. „Warum sollen die Bürger dafür zahlen, dass mit dem Abwasser wertvolle Stoffströme verloren gehen?“, fragt er heute in öffentlichen Einrichtungen und erklärt dabei den doppelten Nutzen der Teilnahme. Zunächst bekommen die Teilnehmer eine Vergütung und auf lange Sicht sinken die Kosten der Abwasserbehandlung, welche als Teil der Wasserkosten von den Stadtwerken abgerechnet werden.“ Aber mit einer Idee ist es natürlich nicht getan. Um das Geschäftsmodell zu testen, arbeitet er zunächst in einer kleinen Reinigungsfirma und bietet dort neben ökologisch zertifizierten Reinigungsdienstleistungen auch den Klopapierrücknahmeservice an, der sich aufgrund vieler umweltbewusster Klobesucher großer Beliebtheit erfreut. Überraschenderweise entspricht seine Geschichte den theoretischen Grundlagen, denn die soziale Marktwirtschaft ist die Gesamtheit der Einrichtungen und Tätigkeiten zur planvollen Deckung menschlicher Bedürfnisse. Mittlerweile bringt die anfänglich nachhaltig motivierte Idee bare Münze.

Im Wesentlichen zeigt diese Geschichte, dass es kulturelle Angewohnheiten gibt, die keinerlei kulturellen Wert haben, aber Wohlstand verbrauchen. So wird in diversen Ländern Toilettenpapier neben dem Klo in einen Mülleimer geworfen. Nicht nur in der Hütte auf dem Land, sondern auch beim Discobesuch, bei Freunden, beim Friseur, im Internetcafé, im Allgemeinen und wahrscheinlich auch in den Flitterwochen oder in Krankenhäusern. Weil es nicht als notwendig erachtet wird das Klopapier in die Schüssel zu werfen und damit der Allgemeinheit weitere Kosten der Abwasserreinigung aufzuladen.

Der Erfolg von Max Ökol‘s Geschäftsmodell ist auch erklärbar in Anlehnung an den als tragedy of the commons bekannten Effekt. Wenn ein Marktteilnehmer vor der Wahl steht seine Einnahmen zu vergrößern, aber dabei einen geringen negativen Effekt für

sich (Grenzertrag) und jeden anderen zu verursachen, entscheidet dievser für die Einnahmen. Wenn ein steigender Teil der Allgemeinheit die gleiche Entscheidung trifft addieren sich die kleinen negativen Effekte zu einem großen Verlust für alle Marktteilnehmer. Ein Beispiel dafür ist Überfischung, welche dazu führt das alle Markteilnehmer weniger Gewinn haben, wenn einer mehr Fische fängt. Nur selten kommt es zu diesem Effekt, und er ist kein wirtschaftlicher Auswuchs, sondern das Ergebnis von unternehmerischem Handeln, welchem nicht alle Auswirkungen seines Handelns bekannt sein kann und fehlender Regulierung durch den Staat, welcher nicht alle Effekte von zu lockeren Regeln vorhersehen kann. Die Regulierung besteht dann in der Kontrolle der Fangmengen in einem Gebiet, der Förderung des Ökosystems oder Analyse der Gründe für die Überfischung. Die Kosten für die Regulierung werden von der Allgemeinheit getragen und das Trauerspiel hat vielleicht ein Ende.

Als Maximierung des Nutzens ist das wirtschaftliche Streben von privaten Akteuren in der Marktwirtschaft bekannt. In unserem Beispiel ist der Nutzen der Toilettenpapierbenutzung in Form des Wegspülens (Komfort) maximiert. Als regulierte tragedy of the commons verteilen sich die Gebühren der Wegspül-Situation von Klopapier auf alle Marktteilnehmer. Der Staat sammelt die Kosten für die Abwasserbehandlung in Form kommunaler Abgaben und rechnet sie in die Kosten der Wasserversorgung mit ein. Das ist eine Regulierung von privater wirtschaftlicher Nutzenmaximierung, die beispielsweise verhindern würde, dass man seine Batterien in der Toilette entsorgt. Angenommen es gäbe keine anderen Möglichkeiten. Alle Marktteilnehmer haben sich aus kulturellen Gründen für das Wegspülen entschieden und bezahlen auch dafür. Max Ökol's einzige Ressource ist also die wandelbare Vorstellung von Komfort um einer kulturell bedingten volkswirtschaftlichen Tragödie entgegenzuwirken.

Julius Schlagenhauf

WAFFELREZEPT

Da sich unsere veganen Waffeln beim UStA-Unifest großer Beliebtheit erfreuten, wollen wir euch das Rezept natürlich nicht vorenthalten. Ihr werdet feststellen, sie sind eine echte Alternative zu „herkömmlichen“ Waffeln mit Kuhmilch und Ei. Als Beigaben eignen sich z.B. Schokolade, Sahne, Puderzucker und Apfelmus, wobei erstere auch vegan (z.B. in Biosupermärkten) erhältlich sind.

Ergibt ca. 12 Waffeln.

200 g	Margarine
175 g	Zucker
350 g	Mehl
350 ml	Soja-Reisdrink
100 g	Tofu natur
50 g	Sojamehl
1 Pck. (8g)	Vanillezucker
1 Pck. (15g)	Backpulver
4 EL (ca. 60ml)	Rum [alternativ Rum-Aroma in auf Verpackung angegebener Dosierung]
1,5 g	Salz

Zubereitung

Margarine im Topf schmelzen, Zucker und Vanillezucker (und Rum-Aroma falls verwendet) hinzufügen. Mehl, Sojamehl, Backpulver und Salz in einer Rührschüssel vermengen. Tofu mit 100 ml Sojadrink in ein Gefäß füllen und mit dem Pürierstab glattpürieren. Alles zusammen in die Rührschüssel geben und mixen, während die restliche Sojamilch zufließt. Rum hinzufügen. Den Teig noch 30 min. stehen lassen. Fertig! Beim Ausbacken immer das Waffeleisen mit Margarine/Öl bestreichen, damit die Waffel nicht anhängt. Evtl. muss dem Teig auch noch etwas Öl hinzugefügt werden, wenn die Waffeln zu trocken sind und außen immer anbrennen.

Noch ein Tipp: Um mit dem Öl keine Sauerei anzurichten, kann man es in eine Sprühflasche füllen und dann auf das Waffeleisen sprühen.

Viel Erfolg beim Ausprobieren!

FRISEUR STYLE FORUM

Kaiserstr 67

OHNE TERMIN!

Mo - Fr 9 - 19 Uhr
Sa 9 - 18 Uhr

Damen + Herren (Trockenschnitt)	9,- €
Herren schneiden + waschen	10,- €
Damen schneiden + waschen	15,- €
Studentinnen schneiden + waschen	13,50 €
Tönung / Farbe	ab 10,- €
Folienssträhnen Blond (ohne Folienbegrenzung)	
- Deckhaar	20,- €
- Deckhaar + Seiten	30,- €
- ganzer Kopf	50,- €
Dauerwelle all incl.	44,50 €

gutschein

5,- €

auf alle Dienstleistungen
außer Trockenhaarschnitt

kais-pizza.de

Brückenrestaurant Heimservice

BrückenRestaurant überm Kronenplatz

kai's pizza

Öko? Logisch!

- Ökostrom
- Umweltpreis
- Mehrwegverpackungen
- Lieferung nur per Rad
- mehrfacher Testsieger

täglich 11-23 Uhr
www.kais-pizza.de

0721 373734
Fritz-Erler-Str 1-3, KA-Kronenplatz